

# Arbeiterstimme

Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Alstadt  
Gedruckt und vertrieben: Güterbahnhofstraße 2  
Dresden-Gammeleum 17289 • Postleitzettel: Am  
Dresden Nummer 18888. Erst Schlegel

Organ der KPD.  
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ost Sachsen)

Beilagen: Der Rote Stern • Die Kommunistin • Der Kom. Gewerkschafter • Der Kom. Genossenschaftler • Wirtschaftl. Rundschau • Kunst und Wissen

2. Jahrg.

Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM.  
(abends 1 RM); durch die Post davon monatlich 2 RM.  
(ohne Aufstellungsgeld). • Im Hohen Hause erhältliches  
Wortbuch auf Antrag des Lesers oder auf Abschaltung des  
Bezugsvertrages. • Gleichzeitig unter am Sonn- und Feiertagen

Dresden  
Freitag, 29. Januar 1926

Schriftleitung: Dresden-H. Güterbahnhofstr. 2  
Geschäftsstellen: Am Dresden Nummer 17289 • Grabenstrasse  
"Arbeiterstimme" Dresden • Sprechstunden der Schriftleitung:  
Wochentags nachmittags von 2-3 Uhr nachher Sonntags  
abends 8 Uhr. • Dienstag, abends 8 Uhr. • Mittwoch, abends 8 Uhr. • Donnerstag, abends 8 Uhr. • Freitag, abends 8 Uhr. • Samstag, abends 8 Uhr. • Sonntag, abends 8 Uhr.

Anzeigenpreis:  
zu neuem gebrauch 10 Pfennige über dem Raum 0,50 RM,  
für Familienanzeigen 0,50 RM. für die Zeitungseinheit entfallende  
an den bezeichneten Zeitraum 1,20 RM. • Anzeigen  
ausserhalb 10 Pfennige bis 1,20 nachmittags in der Abendzeitung

Nr. 24

## Der Ranzler der Arbeiterfeinde gewählt!

### Luther von den Sozialdemokraten gerettet!

Berlin, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Gestern abend 18 Uhr wurde das Abstimmungsergebnis im Reichstag verkündet. Luther hatte vom Reichstag abstimmen das Vertrauensvotum gefordert. Er hoffte sich noch gestern die Genehmigung zu Auflösung des Reichstages ein, von der er im Halle der Abstimmung des Vertrauensvotums Gebrauch machen wollte. Die Abstimmung über das Vertrauensvotum ergab eine Mehrheit von 10 Stimmen für Luther. 140 Abgeordnete hatten sich an der Abstimmung beteiligt. Danach hatten 130 weiße Zettel abgegeben, 100 Stimmen lauteten auf Ja, 150 Stimmen auf Nein. Gegen das Vertrauensvotum stimmten die Kommunisten, Deutschnationalen und Böllischen, 130 Abgeordnete der SPD und Wirtschaftspartei enthielten sich der Stimme.

Die Sozialdemokraten gaben durch Breitscheid eine Erklärung ab, wonach die SPD die auswärtige Politik des Luther-Kabinetts billigt, sich aber durch das innerpolitische Programm der Regierung unbedingt verteidigt. Gründe der auswärtigen Politik abzusichern. Auskünfte der Innenpolitik könnten sie aber auch nicht ein Vertrauensvotum annehmen. Daher würden sie sich der Abstimmung enthalten. Nach dem "Vorwärts" entschied sich die Fraktion mit 87 gegen 38 Stimmen für die Entlastung, während einer noch kleinere Minderheit der Meinung war, man hätte durch formelle Bekundung des Nichtwunsches gegenüber den Sturz der Regierung oder Auflösung des Reichstages herbeizuführen sollen. Der "Vorwärts" verucht, bis Stützen der Luther-Regierung durch die Sozialdemokraten als Erfolg der SPD hinzustellen; die SPD bestand in einer nicht ungünstigen taktischen Lage, auf deren Gang, wie der "Vorwärts" schreibt, "man vielleicht einige bedeckte Hoffnungen seien darf." Das Verhältnis der Sozialdemokraten zur Regierung ist nach dem "Vorwärts" etwas geworden. Dass die Sozialdemokraten nicht die Absicht haben, die Luther-Regierung bei nächster Gelegenheit zu stürzen, beweist der "Vorwärts" mit folgenden Sätzen: "So mag die Regierung der Mitte nun sagen, was sie will und was sie kann. Es ist leicht möglich, dass es in absehbarer Zeit doch zum Konflikt mit ihr kommt, aber die sozialdemokratische Fraktion ist in der Lage, sich die Gelegenheit und den Zeitpunkt dazu selber zu machen. Dass sie nicht unbedingt Krisenpolitik treibt — man sage es einfach ist —, aber nicht immer zu den ge-

wünschten Resultaten führt, hat sie gestern durch ihr Verhalten gezeigt."

Durch die Stimmenabstimmung der sozialdemokratischen Fraktion wurde die Annahme des Vertrauensvotums ermöglicht und Luther gerettet. Die SPD trägt damit die volle Verantwortung für dieses Kabinett der Ausbeuter, das sehr schnell bei den Deutschnationalen und den übrigen reaktionären Gruppen im Reichstage bei seiner ordentlich-reaktionären Politik volles Verständnis und laufstädig Unterstützung finden wird. Die SPD hätte es in der Hand gehabt, den Reichstag auflösen zu lassen. Sie hat das verzögert. Sie fürchtet die Abrechnung der Arbeiter. Triumphierend schreibt heute morgen der "Dresdner Anzeiger": "Die rote Mappe, mit der der Reichskanzler heute nachmittag im Plenum erschien und in der sich das von Hindenburg unterzeichnete Dekret zur Auflösung des Reichstages befand, hat seine Wirkung in vollstem Umfang getan."

Die SPD, die jetzt Wogen in ihrer Presse nach der Auflösung des Reichstages schlägt, erwies sich im enttäuschten Augenblick als der Retter des Luther-Kabinetts. Damit ist die Rolle der SPD-Führer klar gekennzeichnet.

Die Kommunisten haben in der gestrigen Reichstagsabstimmung keinen Zweifel darüber gelassen, daß mit dem Amtsantritt des zweiten Luther-Kabinetts die KPD den härtesten Kampf aufnehmen wird gegen diese Regierung der Ausbeuter.

Von den 44 Mitgliedern der KPD beteiligten sich 30 an der Abstimmung. 2 Mitglieder der Fraktion sind im Ausland, 2 schwer erkrankt und nur 1 Mitglied der Fraktion fehlte.

### Kampfanlage der Kommunisten an Luther

#### Erklärung der kommunistischen Reichstagsfraktion

Berlin, 29. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Vor der Abstimmung gab Genosse Stoecker im Namen der kommunistischen Fraktion folgende Erklärung ab:

"Zulammenfassung und Erklärung der Regierung lassen keinen Zweifel darüber, daß die Regierung die arbeiterfeindliche Politik des alten Kabinetts Luther fortsetzen wird. Das Programm dieser bürgerlich-kapitalistischen Regierung bedeutet: Neue Belastung der arbeitenden Massen durch Steuern, Entziehung der Besitzungen, neue Steuern auf die Besitzungen, weitere Erhöhung der Mieten, weitere Preissteigerung der Lebensmittel durch Fortführung der katastrophalen Wirtschafts- und Polizeipolitik. Dieses Programm bedeutet Siegertum der Wirtschaftskrisis und Verhöhnung des ungeheuer Arbeitslosenheeres, bedeutet weitere Verelendung sowohl der Arbeitslosen, wie auch der noch arbeitenden Arbeitnehmer und Beamten, neuen Hungers für die Opfer des Krieges und der Arbeit, für die Opfer der Inflationspolitik.

Dieses Programm bedeutet aber auch weitere Unterstützung der monarchistischen Reaktion in Heer, Staatsapparat, in der Schule. Die arbeitenden Massen haben deshalb von dieser Klassenzugehörigkeit der Bourgeoisie nichts anderes zu erwarten, als bitterste Feindschaft.

Durch den Wahlschlag auf Stimmenabstimmung hat die sozialdemokratische Partei auf jeden Kampf gegen diese Regierung verzichtet. Wenn diese Regierung ein Vertrauensvotum erhalten sollte, so nur dann dieser Unterstüzung durch die Sozialdemokraten, denn die Erhaltung ist in diesem Falle volle Unterstützung. Die sozialdemokratischen Führer haben darauf verzichtet, gemeinsam mit den Kommunisten die kapitalistische Regierung zu stürzen und die Reichstagsauflösung zu erwingen, um im Kampf dieses Systems die Macht der Arbeiterklasse zu wahren. Für die weitere arbeiterfeindliche Politik der neuen Regierung Luther trägt deshalb die Sozialdemokratie die volle Verantwortung. Wir rufen die Arbeiterklasse Deutschlands zu:

Von dieser Regierung hat ihr nur Schwermut zu erwarten. Gegen diese Regierung der Feinde der Arbeiterklasse kann es deshalb nur eine Widerstand geben:

Einheitsfront aller Arbeiter, Angestellten und Kleinbauern! Einheitliches Kampf gegen dieses Kabinett der Arbeiterfeinde! Einheitsfront der Hungernden! Einheitsfront der Leidenden!

#### Die Fürstenknechte sabotieren das Sperrgesetz

Im Rechtsausschuss des Reichstags wurde gestern das von den Kommunisten vorgelegte Sperrgesetz zu Ende beraten. Da eine große Mehrheit der Vereinen für dieses Gesetz ist, hätte eine Annahme in der gestrigen Sitzung nichts im Wege gestanden. Die Deutschen Nationalen Lohmann und Tewes trugen den Antrag jedoch Zurückhaltung der Sitzung wegen der Deutschnationalen und der sozialdemokratischen Frontlosigkeit. Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten angenommen, so daß die nächste Sitzung am nächsten Dienstag nachmittags fortzufinden wird. Das Sperrgesetz ist also wiederum um 5 Tage hinausgeschoben. Die Fürstendienste haben wiederum Zeit gewonnen, die Männer zum Schutz der Interessen des räuberischen Fürstengenildels durchzuführen.

#### Die Polizei stellt die Schuld der Faschisten fest!

Berlin, 29. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den Untersuchungen der Polizei stellt sich einwandfrei die Schuld der nationalsozialistischen Revolverhelden an den gebrüderen Zusammenstößen in Charlottenburg heraus. Der Villengebäude-Schierbaum gab mit einer Browningpistole 6 Schuß Schüsse auf die demonstrierten Roten Frontkämpfer ab. Der Genosse Klaffert, Mitglied des RFB, wurde durch einen Schuß schwer verletzt. Der Dicke Winkel erlitt schwere Schläge und schwere Verletzungen. Der Schädel Schierbaum war, nachdem er geschossen hatte, Rücken auf eine Straßenbahn gesprungen. Winkel ist Mitglied des Reichsbanners, dessen Angehörige gemeinsam mit den Roten Frontkämpfern gegen die sozialistischen Gemeinschaften demonstrierten.

### Leichenschändung

S. Die Enthüllungen Dittmanns im Untersuchungsausschuss des Reichstages über die widerrechtliche Ermordung der beiden Matrosen, Reichspolisch und Köbles, haben begreiflicherweise großes Aufsehen erregt. Die beiden Matrosen konnten nicht einmal auf Grund der drastischen Kriegsgesetze zum Tode verurteilt werden. Lediglich aus politischen Motiven, um zur Abhörgung ein Beispiel zu statuieren, wurden die Matrosen erschossen. So ist es nochmals durch Dittmanns Enthüllungen bewiesen worden, daß ein sogenanntes objektives Recht nicht existiert, daß die Justiz im Dienste der herrschenden Klasse steht und somit eine Klassenjustiz lebt muß. Das ist die eine Seite des Dittmannschen Vorstoßes. Aber dieser Vorstoß hat noch eine andere Seite und damit wollen wir uns heute ausführlich beschäftigen.

Erstaunt muß sich ein jeder vernünftige Mensch fragen, wie es eigentlich kommt, daß dieselben Sozialdemokraten, die bis vor kurzem noch die revolutionären Matrosen nicht anders als "Rebellen" und "Reiter" bezeichneten, jetzt plötzlich sich dieser Matrosen annehmen und einen Feldzug gegen die monarchistischen Generale eröffnen? Sollte sich etwa eine Wandlung innerhalb der SPD vollzogen haben und wollen jetzt die Führer dieser Partei ein Beekenntnis zur Revolution ablegen? Wollen sie das Andenken der Helden feiern, um das werktätige Volk zum Kampf gegen die Reaktion anzuspornen? Ach, nein, der Kampf, den jetzt Dittmann gegen die Admiraute eröffnet hat, soll nicht der Revolution, nicht dem werktätigen Volke, sondern der Revolution zugute kommen. Dittmanns Vorstoß soll wieder einmal den nationalistischen Modus der Beweis erbringen, daß die gesamte SPD, so gut ihr früherer unabhängiger Flügel in der Person Dittmanns, noch wie vor für die sogenannte nationale Einheitsfront, die in der Großen Koalition ihren Ausdruck findet, reif ist. Wie, durch den Geschrei der SPD-Presse irregelmäßig, können diese Zusammenhänge nicht erkennen. Glücklicherweise sind gerade in diesen Tagen zwei Broschüren erschienen, die uns die Möglichkeit geben, das Rätsel über den Zweck des Dittmannschen Vorstoßes zu lösen. Die eine Broschüre ist die Dittmanns "Die Marinejulizmorde von 1917 und die Admirals-Rebellion von 1918"; die andere "Der Dolchstich des USPD" von einem Frontkämpfer (Frontkämpfer-Verlag, Berlin). In der letzteren Broschüre wird der sogenannte Münchner Dolchstichprozeß einer ausführlichen Kritik unterzogen und auf Grund der Zeugenaussagen die Beteuerung der SPD-Führer, den Beweis zu erbringen, daß sie mit den Matrosenmorden, sowie mit der Revolution nichts zu tun hatten, und daß sie, nachdem dennoch die Revolution gegen ihren Willen ausgebrochen war, dieselbe im Bündnis mit den Kaiserlichen Generälen im Blute erstickt haben. U. a. trat auch als Zeuge der Parteivorwiegende Wels auf. Nach der erwähnten Lehre lebenswerten Brochüre des "Frontkämpfer" sagte Wels u. a. folgendes aus:

"Wir haben als Partei keinen Vorwurf härter empfunden, als den, daß wir im nationalen Sinne in der Zeit der höchsten Gefahr als nicht zuverlässig angesehen wurden..."

Wie sehen also, daß für die Wels-Leute am "härtesten" der Vorwurf war, daß sie angeblich nicht in einer Front mit dem nationalistischen Modus gestanden hätten. Doch sie mit Arbeiterblut besetzt sind, diesen Vorwurf empfinden diese "Arbeiterführer" nicht hart. Im Gegenteil, dieser Vorwurf lämmerte sie nicht nur wenig, sondern sie waren noch stolz darauf. Die Reaktion hat sich nun bereit erklärt, die Wels-Leute als zuverlässige Arbeiterkämpfer zu betrachten. Aber wie sieht es mit den ehemaligen USP-Leuten, mit denen ihr euch vereinigt habt?" — fragte der Verteidiger Lohmanns, Graf Pestalozza. Darauf erwiderte prompt Kraut Wels:

"Zur Sicherung der Republik und in Anerkennung des Staatsgedankens, dem auch die USP huldigt, wurde die USP gegenübersetzt. Niemals wäre das möglich gewesen, wenn die USP sich grundsätzlich ablehnend gegen das Vaterland verhalten hätte. Wir hätten uns nicht zusammenfinden können, wenn wir nicht gewußt hätten, daß der Kern der Aussagen der gleiche ist..."

Wo hier gibt Wels ohne weiteres zu, daß die berühmte "Einigung" in der Kapitulation der USP vor den Nationalsozialisten bestand und daß auch die USP jetzt unter Aufsicht von Wels ganz "zuverlässig" geworden ist. Aber dies mußte auch durch "Taten" bewiesen werden. Deshalb trat auf Befehl von Wels der besonders "kompromittierte" Dittmann den Weg nach Canossa an, um zu zeigen, daß er ebenfalls nie an den Sturz der Monarchie, an die Revolution, auf nur gedacht habe. Das die Enthüllungen Dittmanns den Zweck haben, die Beteuerungen der Wels-

### Marschiert auf gegen die Raubfürsten und das Massenelend

am Sonntag den 31. Januar normittags 10 Uhr im Volkswohlaal, Grabenstrasse